

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-64167](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-64167)

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

BIBLIOTHECA
OLDENBURGENSIS

Bis Mitte Januar erscheint Dienstags und Freitags eine Nummer in 1/2 Bogen, dann drei Mal wöchentlich — Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Vorausbezahlspreis beträgt für das Quartal 48 Grot.

IX. Jahrgang. Freitag, den 2. Januar 1852.

N^o 1.

Profi Neujahr!

„Et schall mi doch mal neet dohn, watt'r dit Jahr woll allens passeert!“ — sagte Jemand in der Sylvesternacht, als die Glocke das Jahr 1852 angekündigt hatte. — Ja, auch uns soll verlangen, was das Jahr 1852 im Schilde führt; möchte es doch was Gutes sein, — möchte es doch heilbringend und segensreich sein für die ganze Menschheit! — Wahrlich, wenn es nach dem Wunsche des Beobachters ginge, so müßte es keinen Unglücklichen auf der Welt geben, — so müßte keines Menschen Auge sich mit andern Thränen füllen als mit Freudenthränen! — „O ja“, hör' ich sagen, — „das wünschen wir auch, und wo wäre der Mensch, der nicht dasselbe wünschen sollte!“ Allein es ist nicht genug, hier bloß zu wünschen, man muß auch streben, daß der Wunsch nach Möglichkeit in Erfüllung gehe; und das wird der Beobachter thun, so wie er es bisher gethan, und von jetzt an mit bedeutend verstärkten Kräften. Das Uebel, welches die Glückseligkeit der Menschen verhindert, — es ist die menschenentwürdigende Selbstsucht. Die Selbstsucht ist die Büchse der Pandora, die Quelle alles Uebels; aus ihr entstehen alle andern Suchten; sie faßt alles Verderbliche in sich und schließt jede Tugend aus. Sie ist es, die auch die mögliche Glückseligkeit der Menschen verhindert; darum wird der Beobachter gegen sie zu Felde ziehen und gegen Alles, was aus ihr hervorgeht. Er wird der Lüge und der Heuchelei, wo er sie antrifft, mit der Fackel der Wahrheit entgegenreten und sich vor Niemand scheuen; — die Wahrheit wird auch ferner die Gottheit sein, die er verehrt bis

zur Leidenschaft — er wird nicht erkalten in dieser Verehrung, und sollte sich das bekannte Sprichwort auch zehnmal gegen ihn kehren: sollte der Beobachter auch, trotz dem, daß er die Wahrheit sagt, dennoch Herberge finden, so wird er doch nicht müde werden, — keine Macht der Erde soll es dahin bringen, ihn müde zu machen! —

Der Beobachter wird von Mitte Januar an das Feld seines Wirkens noch bedeutend erweitern; er wird von da an auch über die wichtigsten auswärtigen politischen und unpolitischen Ereignisse Bericht abfassen und sich auch über Oldenburgische politische und unpolitische Begebenheiten mehr verbreiten als bisher; er wird die Kunde wöchentlich dreimal statt zweimal machen und jedesmal doppelt so viel Neuigkeiten bringen, wie bisher; er will sich überhaupt bestreben, ein Blatt zu werden, das alle andern Tagesblätter im Oldenburger Lande überflüssig machen soll, so wie es in der „Anzeige und Aufforderung“ zu lesen ist. Er hat deshalb große Vorbereitungen treffen und sich in bedeutende Kosten setzen müssen; darum ersucht er alle Freunde der Wahrheit, fleißig zu abonniren, und dankt zugleich — wie es sich am Schlusse und zu Anfang eines Jahres nicht anders schickt — für die rege Theilnahme, die dem Beobachter bisher geworden und den Herren Mitarbeitern für ihren Eifer, den sie gezeigt, und bittet, diesen Eifer nicht erkalten zu lassen. — Die Wahrheit bleibt doch oben! — die gute Sache wird doch endlich siegen! —

Der Beobachter.

Landtag.

Bei der letzten Abstimmung über die Revisionsfrage hatte der Präsident für die zur Abstimmung kommenden Fragen eine Reihenfolge gewählt, welche offenbar unrichtig war. Stellte Herr Jedelius den Antrag der Staatsregierung voran, weil derselbe am weitesten von den Vorschriften des Staatsgrundgesetzes abweicht, so mußte aus demselben Grunde der Antrag des Ausschusses der zweite sein, der Kläemannsche der dritte und der Möllingsche der vierte, und nicht umgekehrt. Die wohl unvermeidliche Voranstellung des Regierungsantrages machte die eklatante Niederlage des Ministeriums augenfälliger, indem nur 4 Stimmen dafür zu gewinnen waren, Amtmann Laun, Ministerialassessor Selckmann und Minister von Berg als äußerste Rechte, und Niebour anscheinend aus ultralinker Doktrin. Die Umstellung der anderen drei Anträge gewährte aber dem Ausschussantrage den Vortheil, daß die Anhänger des Kläemannschen Antrages dadurch Gelegenheit erhielten, zu demselben überzulauen. Das thaten sie denn auch fast Alle, Herr Kläemann an der Spitze! Für diesen Vermittlungsantrag erklärten sich nämlich, nachdem Mölling's Antrag gefallen war, außer den 12 festen Stimmen der Linken, die Herren Lübben, Bulling, Oldejohannis, Strodtzoff, Müller Selckmann, Bothe und Kläemann, was freilich nicht hinreichte, um demselben die erforderlichen 31 Stimmen ($\frac{2}{3}$) zu verschaffen. Als sodann aber der merkwürdige Ausschussantrag an die Reihe kam, blieben nur Lübben und Bulling bei den 12 Stimmen der Linken, während die anderen fünf zu dem Ausschussantrage abfielen, dessen Unhaltbarkeit doch, namentlich auch durch Herrn Kläemann selbst, so klar nachgewiesen war. Wären nur zwei derselben nicht übertreten, so war auch dieser Antrag abgelehnt, und es hätte dann entweder bei den vom Staatsgrundgesetz für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Formen sein Bewenden behalten, oder der Ausschuss hätte einen neuen Vorschlag machen müssen, welcher nicht so intefikirt gewesen wäre und vom verfassungsmäßigen Wege sich nicht so weit entfernt hätte. Jetzt wird also auf diesem Landtage die erste Revision mit 24 gegen 22 Stimmen vorgenommen werden! Nun ja, vierundzwanzig Stimmen hat das Ministerium wohl für seine Pläne. — Was dann aber der zweite

Landtag dazu sagen wird, und ob derselbe auch nur die rechtliche Möglichkeit einsehen wird, diese aus dem geheimen Ausschusse des Herrn Räder hervorgegangene sehr erleichterte Revision für eine in rechtsgültiger Weise geschehene erste anzusehen, der er die zweite schlüssige nachfolgen lassen darf, das wird die Zukunft lehren — freilich leider wohl erst eine recht ferne Zukunft. Denn was und wie denn eigentlich revidirt werden soll, darauf muß das Ministerium sich noch erst besinnen und verlangt dazu Bedenkzeit bis gegen Ende Februar. Darum vertagt sich der Landtag einstweilen bis zum 23. Februar 1852.

Zuerst aber hatte er am Dienstag noch eine kurze Sitzung, weil die Staatsregierung noch eine Vorlage machte über Veräußerung eines kleinen Stückes Wiesenland, welches zu Begrodigung des Hunteflusses angekauft gewesen ist, sich aber zum Staatsgut nicht eignet und deshalb wieder veräußert werden soll, wozu sich Gelegenheit darbietet. Auch hierin bereitete sich übrigens das Ministerium zu guterletzt noch eine Niederlage. Es fand sich nämlich, daß dieses Stück Land zu dem ausgeschiedenen Kron Gute gehört. Von diesem kann aber nichts entbehrt werden, weil alle vorhandenen Domänen kaum hinreichen, um die Summe aufzubringen, welche der Hof jährlich verbraucht. Auf einstimmigen Antrag des Ausschusses mußte daher der Landtag die Genehmigung zu der beabsichtigten Veräußerung versagen.

Dann wurde auch noch das Budget der Centralausgaben vorgelegt. Aber nicht für ein Jahr, wie sonst, sondern für 3 Jahre bis 1854, und die Staatsregierung verlangt in einem langen Schreiben, daß der Landtag es so genehmigen solle. Kavallerie auf drei Jahre! Wieder eine tüchtige Zumuthung des Ministeriums an seine Freunde und Parteigenossen! Es gab bei der Vorlesung verdrießliche Gesichter, während die Linke schadenfroh lächelte. Diese Vorlesung geschah übrigens erst, nachdem der Präsident den Ausschuss für das Budget hatte erwählen lassen. Ob diese Wahl sonst oppositioneller ausgefallen wäre, wissen wir freilich nicht. Die Herren von der Rechten erwählten in diesen sogenannten Finanzausschuss die Vertrauensmänner des Volks: Amtmann Barleben, Auditor Janssen, Obergerichtsrath v. Finckh, Regierungsssekretär Strackerjan, Ministerialassessor Selckmann und Landmann Schwegmann,

denen durch die Stimmen der Linken auch der Abgeordnete Umno Lübben hinzutrat, der ohne diese 12 Stimmen wohl kaum an diesen wichtigen Platz gekommen wäre, da die äußerste Rechte ihn für zu liberal dazu zu halten schien. **Hauptmann Diebour**, der Mann, welcher in den früheren Landtagen die gründlichen Berichte über das Militär-Budget machte, wurde natürlich nicht gewählt.

Der Schützenverein in Jever

hielt im Herbst dieses Jahres eine Generalversammlung ab, weil die Commission desselben der Ansicht war, daß der Schützenhauptmann nicht wohl im Stande sei, den Verein nach außen in wünschenswerther Weise zu vertreten, und deshalb auf die Wahl eines besonderen Präsidenten antrug. Es wurden in Vorschlag gebracht: der Steuerinspector Dshoff und der Amtmann v. Heimburg, beide in Jever. Bei der Wahl siegte der Inspector Dshoff über den Amtmann v. Heimburg mit einer bedeutenden Mehrheit von Stimmen. — Als nun der Inspector Dshoff aus hier nicht zu erörternden Gründen die Wahl ablehnte, wurde eine abermalige General-Versammlung der Schützen zur Wahl eines Präsidenten auf den 14. d. M. berufen. Es wurde jetzt im Wahltermine lediglich der Amtmann v. Heimburg in Vorschlag gebracht, und für dessen Wahl alle Hebel in Bewegung gesetzt, obgleich Niemand dagegen agitirte.

Von den Vereinsmitgliedern, reichlich 150 an der Zahl, erschienen im Wahlacte nur 54 — ein Beweis der Gleichgültigkeit der Mitglieder gegen den vorzunehmenden Act — und hier wurde denn der Amtmann v. Heimburg nach vielen mühseligen Anstrengungen wirklich mit 28 Stimmen zum Präsidenten des Vereins gewählt, während der Hauptmann der Schützencompagnie, Registrator Kelling, für dessen Wahl nichts geschehen war, 21 Stimmen erhielt. Die übrigen Stimmen fielen einzeln auf andere Mitglieder des Vereins.

Da der Amtmann v. Heimburg in der ersten Versammlung in einer sehr bedeutenden Minderheit gegen den Inspector Dshoff geblieben, und als dieser ablehnte, in der zweiten Versammlung nur mit 28 Stimmen gegen 21 Stimmen von dem reichlich 150

Mann starken Vereine gewählt worden war, so glaubte Niemand, daß derselbe unter diesen Umständen die auf ihn gefallene Wahl annehmen würde; allein sicherem Vernehmen nach ist die Wahl dennoch angenommen und vom Amtmann v. Heimburg bereits Erlaubniß zur Annahme von der Regierung eingeholt. — Jever, den 20. December 1851.

Lesefrüchte.

Wir dürfen es unsern Pastoren nicht gar zu sehr entgelten lassen, daß sie die Schwachheit beweisen, gegen die neue Kirchenverfassung sich widerspenstig zu bezeigen. Anderswo geht es nicht besser. In Braunschweig z. B. hat der Landtag ein von der Regierung vorgeschlagenes Gesetz angenommen, welches den Gemeinden in ihren kirchlichen Angelegenheiten einige Rechte einräumt und eine verbesserte Aufsicht über die Schulen einführt. Gleich ist eine Schaar von Priestern zusammengelaufen und hat aus Leibkräften dagegen petitionirt. Aber es ist ihnen dort nicht besser ergangen als bei uns. Das Ministerium hat sie ziemlich schön ablaufen lassen und an den Landtag verwiesen, eine Versammlung, welche den um ihre geistliche Macht besorgten Herren Petenten schwerlich genehm sein wird. Wir bezweifeln nichtsdestoweniger, daß Einer von ihnen sich in kindischem Aerger so weit vergessen werde, wie die letzte Nummer unserer „Blätter für Stadt und Land“ es thut, indem sie die Synode eine „von einer Handvoll Menschen zusammengewählte Versammlung“ nennt. — Schade, daß das seine Blatt eingehen muß!

In einer und derselben Zeitung lesen wir

1) aus England, daß der Minister Palmerston, welcher dem Kaiser von Oestreich und anderen europäischen Fürsten von Gottes Gnaden großen Aerger bereitet hatte, durch die in England stattgehabte National-Feier des ungarischen Revolutionshelden Kossuth, so wie durch die Veröffentlichungen über die unmenschliche Behandlung, welche die politischen Gefangenen im Königreich Neapel zu erdulden haben — lieber sein Amt niedergelegt hat, als klein beizugeben gegen den Absolutismus;

2) aus Deutschland, daß der von Oesterreich nach Wien berufene Zollkongreß von fast allen deutschen

Staatsregierungen beschäftigt wird, und der Abgeordnete für Nassau ist Niemand anders, als der zur Zeit der Erfurter Unionschwärmer für Preußen schwärmende, so hochgepriesene Herr Bollpracht. Das nennt man, glaube ich, Glückswechsel, oder wie sonst? und Herr Rüder, der Mann aus dem Fünfzigertauschup, sagte neulich im Landtage: man müsse es nun einmal mit dem Bundestage versuchen.

Kirchliches.
Gottesdienst.
Sonntags, Beichtpredigt (11 Uhr) Herr Pastor Ordnung.
Sonntag, Frühkirche (8 1/2 Uhr) H. H. H. H. H.
Hauptkirche (10 Uhr) H. H. H. H. H.
Bibelstunde (2 1/2 Uhr) H. H. H. H. H.
Die Pfarramtsgeschäfte vom 4. bis 10. Januar hat Herr Pastor Greverus. Die Kirchenbücher führt Herr Kirchenrats Clausen.

Wir bringen nochmals in Erinnerung,

daß durch die, bereits angekündigte, Mitte Januar beginnende Veränderung des „**Beobachters**“, bei wöchentlich **dreimaligem** Erscheinen in größerem Formate als bisher, und in Verbindung einer politischen Zeitung im demokratischen Sinne, derselbe folgende Einrichtung erhalten wird:

- 1) **Politische Nachrichten.** Diese in gedrängter Kürze und in allgemein verständlicher Sprache abgefaßt.
 - 2) **Gemeinschaften aus Oldenburg und allen Gegenden des Oldenburger Landes.** Alle in diese Rubrik einschlagende Gegenstände werden hier des Breitem besprochen und erörtert werden. Es sollen hier vorkommen: Kritiken des Gerichtsverfahrens, der Schul- und Kirchen-Einrichtungen; Chaussee-Angelegenheiten und sonstige auf das Wohl des Volkes influirende Gegenstände. Auch wird den Landtags- und Verfassungs-Angelegenheiten eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.
 - 3) **Tagesneuigkeiten aus Oldenburg und dem Lande;** kurze Berichte über Kunst und Literatur, Theater etc., Glücks- und Unglücksfälle, Polizeisachen, Oldenburger und Bremer Fruchtpreise, Geldcourse, kurz über Alles, was das Interesse des Volkes und besonders das materielle Interesse erfordert.
- Dann soll, je nachdem das Material über vorgenannte Gegenstände sich angehäuft oder verringert hat,
- 4) dem Blatte noch ein Feuilleton beigegeben werden, der kleine Erzählungen, Gedichte, Anekdoten, Räthsel u. dgl. Unterhaltungen und Belustigungen enthalten wird.
- Es ist nun aber nicht gesagt, daß alle genannten Rubriken, außer der politischen, jedesmal in volle Geltung kommen werden; da wird bald die eine, bald die andere einen größeren Raum einnehmen, je nachdem Material vorhanden ist.
- Zuletzt werden wir auch **Inserate**, wie die Oldenburgischen Anzeigen, die Zeile zu einem Groten annehmen.

Da nun das einmal mehr Erscheinen und die Vergrößerung des Formats des Beobachters bedeutende Mehrkosten verursacht, so sehen wir uns genöthigt, den bisherigen Abonnementspreis um ein Geringes zu erhöhen, nämlich von 36 gr. auf 48 gr. per Quartal. Diese kleine Preiserhöhung erreicht aber bei weitem das Verhältniß der Mehrkosten nicht, wie leicht zu berechnen ist, und wir haben bei dem Unternehmen unsere Hoffnung besonders auf eine regere Theilnahme gesetzt, und fordern daher alle diejenigen auf, denen es darum zu thun ist, eine gute, nützliche und unterhaltende Oldenburgische Zeitung zu haben, fleißig zu abonniren auf den künftig auch als politische Zeitung erscheinenden „**Beobachter**“. Auswärtige Bestellungen, mit Einsendung des Abonnementspreises, nimmt die Haupt-Postamts-Zeitungs-Expedition in Oldenburg unfrankirt entgegen, so wie auch jede Postexpedition im Lande. Bestellungen aus der Stadt Oldenburg nimmt die Redaction, oder auch die Buchdruckerei von H. Klesser, Haarenstraße 44, an. Der umstehend angehängte Zettel kann dazu beliebig benutzt werden.

Der Beobachter.

Redacteur: Wilhelm Galberla.

Druck von Heinrich Klesser in Oldenburg.

Ankündigung und Aufforderung.

Der kürzlich von uns gemachten vorläufigen Anzeige, eine Veränderung des „Beobachters“ betreffend, erlauben wir uns folgende nähere Erläuterung nachzuführen:

Der Beobachter

soll von Mitte Januar 1852 an statt zweimal **dreimal** wöchentlich, Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, erscheinen und zwar in einem vergrößerten Formate und mit bedeutender Erweiterung und Vermehrung des Inhalts, so daß jede Nummer ungefähr noch einmal so viel enthalten wird, als bisher. Es soll damit aber keine Tendenzveränderung stattfinden, sondern nur ein größeres Terrain gewonnen werden, um sich in derselben Weise wie bisher, aber mit vermehrten Kräften, über alle Gegenstände verbreiten zu können, die das allgemeine Interesse in Anspruch nehmen. Vorzugsweise soll der nun größere Raum dazu dienen, wichtige politische Nachrichten aus allen Staaten Deutschlands und des Auslandes zu bringen; politische Ereignisse und Fragen der Gegenwart von dem Standpunkte aus, den der „Beobachter“ von je her eingenommen, in verständlicher, volksthümlicher Abfassung kurz zu besprechen und zu erörtern. Mit einem Wort, der „Beobachter“ soll neben andern Zwecken auch den Zweck einer politischen Zeitung in jeder Hinsicht zu erfüllen suchen. Er wird sich bestreben, die politischen Nachrichten, die sogenannte politische Rundschau, obwohl nur kurz, doch so erschöpfend und umfassend zu geben, daß jede andere politische Zeitung dadurch möglichst ersetzt und überflüssig wird. Die Leser des „Beobachters“ werden dabei auch noch den Vortheil haben, sich nicht durch ellenlange politische Raisonnements über oft ganz unwichtige Gegenstände, wie man sie nicht selten in politischen Zeitungen antrifft, hindurcharbeiten zu brauchen und Geduld und Zeit dabei unnütz zu verlieren; denn der Beobachter wird von den meisten Nachrichten nur die Quintessenz geben und jeden unnöthigen, Geduld und Zeit raubenden, Wortschwall dabei vermeiden.

Obgleich nun der „Beobachter“ nur dreimal wöchentlich erscheinen wird, so soll er doch eine tägliche politische Zeitung ersetzen und überflüssig machen, und zwar dadurch, daß alle wichtigen, der schnelleren Verbreitung werth erscheinenden, Ereignisse in der Zwischenzeit sofort durch Extrablätter zur Kenntniß unserer Abonnenten gelangen sollen.

Die künftige Einrichtung des „Beobachters“ wird folgende sein:

- 1) **Politische Nachrichten.** Diese in gedrängter Kürze und in allgemein verständlicher Sprache abgefaßt.
- 2) **Gemeindesachen** aus Oldenburg und allen Gegenden des Oldenburger Landes. Alle in diese Rubrik einschlagende Gegenstände werden hier des Breiten besprochen und erörtert werden. Es sollen hier vorkommen: Kritiken des Gerichtsverfahrens, der Schul- und Kirchen-Einrichtungen; Chaussee-Angelegenheiten und sonstige auf das Wohl des Volkes influirende Gegenstände. Auch wird den Landtags- und Verfassungs-Angelegenheiten eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.



Untersignierter bestellt hierdurch	Exemplar des in
Oldenburg erscheinenden Volksblattes:	
Der Beobachter,	
18 Quartal 1852. (per Quartal 48 gr.)	
Name:	
Wohnort:	



3) Tagesneuigkeiten aus Oldenburg und dem Lande; kurze Berichte über Kunst und Literatur, Theater etc., Glücks- und Unglücksfälle, Polizeisachen, Oldenburger und Bremer Fruchtpreise, Geldcourse, kurz über Alles, was das Interesse des Volkes und besonders das materielle Interesse erfordert.

Dann soll, je nachdem das Material über vorgenannte Gegenstände sich angehäuft oder verringert hat,

4) dem Blatte noch ein Feuilleton beigegeben werden, der kleine Erzählungen, Gedichte, Anekdoten, Räthsel u. dgl. Unterhaltungen und Belustigungen enthalten wird.

Es ist nun aber nicht gesagt, daß alle genannten Rubriken, außer der politischen, jedesmal in volle Geltung kommen werden; da wird bald die eine, bald die andere einen größeren Raum einnehmen, je nachdem Material vorhanden ist.

Zuletzt werden wir auch **Inserate**, wie die Oldenburgischen Anzeigen, die Zeile zu einem Groten annehmen. —

Da nun das einmal mehr Erscheinen und die Vergrößerung des Formats des Beobachters bedeutende Mehrkosten verursacht, so sehen wir uns genöthigt, den bisherigen Abonnementspreis um ein Geringes zu erhöhen, nämlich von 36 gr. auf 48 gr. per Quartal. Diese kleine Preiserhöhung erreicht aber bei weitem das Verhältniß der Mehrkosten nicht, wie leicht zu berechnen ist, und wir haben bei dem Unternehmen unsere Hoffnung besonders auf eine regere Theilnahme gesetzt, und fordern daher alle diejenigen auf, denen es darum zu thun ist, eine gute, nützliche und unterhaltende Oldenburgische Zeitung zu haben, fleißig zu abonniren auf den künftig auch als politische Zeitung erscheinenden „Beobachter“. Auswärtige Bestellungen, mit Einsendung des Abonnementspreises, nimmt die Haupt-Postamts-Zeitungs-Expedition in Oldenburg unfrankirt entgegen, so wie auch jede Postexpedition im Lande. Bestellungen aus der Stadt Oldenburg nimmt die Redaction, oder auch die Buchdruckerei von H. Klesser, Haarenstraße 44, an. Der umstehend angehängte Zettel kann dazu beliebig benutzt werden.

Wir haben in unserer „vorläufigen Anzeige“ gesagt, daß zu dieser Unternehmung tüchtige Kräfte gewonnen seien; dieses ist dahin zu berichtigen, daß diese tüchtigen Kräfte zur eifrigen Mitwirkung nicht nur gewonnen, sondern uns vielmehr entgegengetragen sind. Auch ist dies wichtige Unternehmen nicht von uns allein ausgegangen, sondern wir sind von wahren Freunden des Volks aus Oldenburg und aus fast allen Gegenden des Landes aufgefordert, den Beobachter zu vergrößern und ihn mit einer politischen Zeitung im demokratischen Sinne zu verbinden, um dadurch der sich täglich breiter machenden und immer mehr verderbendrohenden reactionären Tagespresse einen Damm entgegen zu stellen, besonders der Lante Weser und der Stallingschen Frau Oldenburgerin mit Entschiedenheit zu begegnen, und dasjenige im reinen Lichte der Wahrheit zu zeigen, was von der reactionären Presse zum großen Nachtheile des Volks nur gar zu gern mit dem trügerischen Scheine der Laterna magica beleuchtet wird.

Gott segne unsere Zukunft! — wir werden es stark mit der Frau Oldenburgerin zu thun kriegen; doch wir werden den Kampf mit ihr nicht scheuen, und sollten ihre Generale auch Bartelmann und Rüder heißen. Wir werden den Kampf nicht nur nicht scheuen, sondern wir werden ihn suchen, und suchen müssen; wir werden uns nicht nur defensiv, sondern offensiv dabei zu verhalten haben; denn wir wollen, mit den Waffen der Wahrheit in der Hand, nicht bloß uns vertheidigen, sondern allen reactionären volksfeindlichen Bestrebungen — bewusste und unbewusste — mit aller nur möglichen Kraft und Entschiedenheit entgegentreten. So wollen wir!

Oldenburg, Ende Dec. 1851.

Die Redaction des Beobachters.

Der Beobachter.

Ein Volksblatt.

Bis Mitte Januar erscheint Dienstags und Freitags eine Nummer in 1/2 Bogen, dann drei Mal wöchentlich — Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Vorausbezahlungspreis beträgt für das Quartal 48 Grote.

IX. Jahrgang.

Dienstag, den 6. Januar 1852.

N^o 2.

Die letzten Abstimmungen des Landtages.

Durch die Abstimmungen in der neunten Landtags-sitzung sind die letzten Revisionsbeschlüsse gefaßt; das Staatsgrundgesetz ist der Entschliebung einfacher Landtagsmehrheiten preisgegeben, die wesentlichste Gewähr seiner Sicherheit zerstört, was uns ein unverlegliches Asyl sein sollte gegen alle Kämpfe der Parteien, wird ihren zerstörenden Angriffen hingegeben. Wie ging das zu? Wie mochten Abgeordnete des Volkes mit seinem höchsten Gut ein so leichtfertiges Hazardspiel treiben! —

Wir nehmen den Ausschufsbericht zur Hand, eine überzeugende Darlegung der Nothwendigkeit der Revision erwartend und finden nichts als versteckte Andeutungen von dem, was kommen „könnte“ und „möchte“, wenn nicht revidirt werde, alles gekleidet in die bleiche Farbe der Diplomatie. Wir sehen uns abgeseift mit einer höchst trivialen Zusammenstopplung der allbekanntesten Ereignisse, unter denen das Staatsgrundgesetz entstanden, und mit den Beschluß der Nationalversammlung:

„daß alle Bestimmungen einzelner deutschen Verfassungen, welche mit dem allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letztern als gültig zu betrachten seien;“

die unwahre Behauptung gegründet, „das Staatsgrundgesetz habe als etwas Vollendetes und Bleibendes nicht angesehen werden können.“

Wir denken, daß jeder Oldenburger, ungeachtet jenes Beschlusses, sein Staatsgrundgesetz als ein Vollendetes und Bleibendes angesehen, so weit überhaupt ein Menschenwerk vollendet und bleibend genannt werden kann. Wir haben uns jenem Beschlusse in dem freudigen Bewußtsein gebeugt, daß in der durch das neu zu gründende allgemeine Verfassungswerk wachsenden Größe, Macht und Freiheit unseres Gesamt Vaterlandes auch unsere eigene Macht und Freiheit wachsen werde. Mit Staunen sehen wir diesen Beschluß jetzt als Argument gebraucht, uns unter die Macht des Bundestages zu beugen, die kaum ein anderes Geschäft zu haben scheint, als alle Keime der Macht, Größe und Freiheit unseres Gesamt Vaterlandes bis auf die letzte Spur zu vertilgen. — Der Bericht weist uns auf Art. 35 des Staatsgrundgesetzes: „Die Wehrpflicht ist für Alle gleich; Stellvertretung bei derselben findet nicht Statt;“ und auf Art. 48 hin: „Eine allgemeine Volksberathung mit freier Wahl der Führer soll organisiert werden;“ um uns, jede Hoffnung einer bessern Zeit begrabend, zur Entäußerung dieser kostbaren verbrieften Rechte zu bewegen, bloß, weil sie in den trüben Tagen der Gegenwart nicht ins Leben treten können und stellt die naive Frage: „Ob wir Gesetze, die zur Nichtbefolgung bestimmt scheinen, beibehalten und dadurch die Achtung vor allen Gesetzen untergraben wollen?“ — Wir antworten mit Art. 108 des Staatsgrundgesetzes. Der uns öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren, mit Art. 109, der uns Schwurgerichte und mit dem ganzen Abschnitt IV., der uns Gemeinden mit freier Selbstverwaltung verspricht und fragen unsererseits: ob